

AUSLAND

Riad lehnt UN-Sitz ab

Riad – Saudi-Arabien hat kurz nach der Wahl zum nichtständigen Mitglied des UN-Sicherheitsrats einen Einzug in das mächtigste Gremium der Vereinten Nationen abgelehnt. Als Grund nannte das Außenministerium in Riad am Freitag die Unfähigkeit des UN-Sicherheitsrates, Kriege und Konflikte zu lösen. Ein Beispiel dafür sei der Bürgerkrieg in Syrien. Das Gremium habe es, dem syrischen Regime erlaubt, Menschen in dem Land mit Chemiewaffen zu töten, hieß es in der Erklärung. Auch im Nahost-Konflikt gebe es seit 65 Jahren keine gerechte und langfristige Lösung. Dies sei ein deutlicher Beweis für die Unfähigkeit des Gremiums, seine Aufgaben zu erfüllen. DPA > Seite 4

Terror-Spur nach Norwegen

Nairobi – An dem Angriff auf ein Einkaufszentrum in Nairobi, bei dem im September 67 Menschen getötet worden sind, war nach Informationen der BBC offenbar ein Norweger somalischer Abstammung beteiligt. Der 23-jährige Hassan Abdi Dhuhulow sei in Somalia geboren und habe seit 1999 in Norwegen gelebt, berichtete die britische Rundfunkgesellschaft am Freitag. Er werde von der norwegischen Polizei als einer der mutmaßlichen Attentäter angesehen. Die Informationen beruhen auch auf Aussagen von Einwohnern der Stadt Larvik, 120 Kilometer südlich von Oslo, die Dhuhulow kannten. Der Angriff auf die Westgate Shopping Mall in der kenianischen Hauptstadt begann am 21. September. Erst nach vier Tagen konnten Sicherheitskräfte die Geiselnahme beenden, 23 Menschen werden noch vermisst. AFP

Snowden ohne Dokumente

Washington – Der frühere US-Geheimdienstmitarbeiter Edward Snowden (Foto: AFP) hat nach eigenen Angaben keine geheimen Dokumente mit nach Russland genommen. Er habe alle Unterlagen über die Spähaktivitäten des amerikanischen Geheimdiensts NSA vor seinem Flug nach Moskau an Journalisten in Hongkong übergeben, sagte



Snowden der New York Times vom Donnerstag. Geheimdokumente mit sich zu nehmen, hätte „nicht dem öffentlichen Interesse“ gedient. Russland habe also keinen Zugriff auf die Daten, ebenso wie der chinesische Geheimdienst. Er trat damit von US-Behörden geäußerten Befürchtungen entgegen, dass NSA-Dokumente in die Hände fremder Geheimdienste gefallen sein könnten. Wegen der Enthüllungen wird der 30-Jährige von den USA per Haftbefehl gesucht. AFP

Erfolgreicher Hungerstreik

Moskau – Nadeschda Tolokonnikowa von der krenelkritischen Punkband Pussy Riot hat mit einem neuen Hungerstreik ihre Verlegung in ein anderes Straflager erstritten. Grund seien die Beschwerden der 23 Jahre alten Mutter über Drohungen von Mitgefangenen und Wärtern, teilte die Strafvollzugsbehörde am Freitag in Moskau mit. Wo die Kritikerin untergebracht wird, war zunächst nicht bekannt. Ihr Mann Pjotr Wersilow nannte die Entscheidung bei Twitter einen „Mini-Sieg“. Die Frauen von Pussy Riot sitzen noch bis März eine zweijährige Haftstrafe wegen „Rowdytums aus religiösem Hass“ ab. DPA

Zwölf Tote durch Autobombe

Aden – In Jemen sind am Freitag bei einem Selbstmordanschlag mit einer Autobombe mindestens zwölf Soldaten getötet worden. Der Anschlag richtete sich nach Angaben aus Sicherheitskreisen auf die 111. Brigade der Armee im Bezirk Ahwar im Süden des Landes. Der Kommandeur sei schwer verletzt worden, hieß es weiter. Ahwar liegt in der Provinz Abian, wo es im September ein Feuergefecht zwischen Milizen und Anhängern des Terrornetzwerks al-Qaida gab. Zu dem Anschlag vom Freitag bekannte sich zunächst niemand. AFP

Pflicht zur Homo-Trauung

Paris – Französische Bürgermeister dürfen nicht unter Berufung auf ihre „Gewissensfreiheit“ die Trauung Homosexueller verweigern. Frankreichs Verfassungsrat in Paris wies am Freitag eine Klage einer Vereinigung konservativer Bürgermeister zurück, die ein solches Recht in Anspruch nehmen wollte. Die rechtlichen Vorgaben zur im Mai eingeführten Homo-Ehe seien verfassungskonform, urteilte das Gericht. Gegen die Neuerung hatte es breite gesellschaftliche Proteste gegeben. In Frankreich schließen die Bürgermeister Ehen. Bereits jetzt können sie diese Aufgabe faktisch an ihre Stellvertreter oder an Mitglieder des Gemeinderats abtreten, wenn diese einverstanden sind. AFP

Sloweniens junge Ministerpräsidentin Alenka Bratusek hat das Land in einer schweren Wirtschaftskrise übernommen. Hartnäckig will sie den europäischen Rettungsschirm vermeiden, aber sie muss dabei viele Machtkämpfe gewinnen

VON CATHRIN KAHLWEIT

Ljubljana – Diese Frau ist vorsichtig, über vorsichtig sogar. Wenn es nicht unhöflich wäre, würde sie auf einige Fragen gar nicht antworten, würde kein Wort über den Machtkampf in der eigenen Partei sagen und darüber, ob ihr Stuhl wackelt. „Man hat mich vor einem halben Jahr zur Ministerpräsidentin gewählt, weil man mir vertraute, das Land gut zu führen“, sagt sie, und schaut so stur, als wollte sie klarstellen: Jetzt nicht nachfragen, da kommt nichts mehr. Wenn es nach Alenka Bratusek, der Ministerpräsidentin von Slowenien, ginge, dann würde sie am liebsten nur über Zahlen sprechen, über Banken und Budgets, darin fühlt sie sich sicher.

Banken und Budgets – das ist ihr tägliches Brot. Die 42-Jährige ist gelernte Textilingenieurin, aber ihre Karriere hat sie als Haushaltsexpertin im Finanzministerium gemacht. Sie ist relativ jung für das politische Geschäft und attraktiv, beides prinzipiell keine guten Voraussetzungen, um ernst genommen zu werden von den zerstrittenen Politmachos, die das Land seit der Unabhängigkeit regieren. Aber vielleicht ist ja genau das der Grund, warum Bratusek, Mutter von zwei Kindern, im Frühjahr plötzlich zur Ministerpräsidentin eines Landes in der Dauerkrise wurde. Sollte sie sich doch nach dem Sturz der konservativen Regierung die Finger verbrennen, sollte sie doch in Brüssel um Hilfe, vielleicht gar um den Einsatz des Europäischen Rettungsschirms (ESM) anfragen, sollte sie doch verantwortlich sein dafür, dass die Troika im Land ist.

„Ich bin stolz, dass ich die erste Frau in unserem Staat bin, die es geschafft hat.“

Sie bestreitet, dass sie in der Krise nach vorn geschoben wurde, wo sich andere lieber im Hintergrund hielten, und sagt etwas förmlich: „Ich bin stolz, dass ich die erste Frau in unserem Staat bin, die es geschafft hat. Es ist gut, wenn mehr Frauen in der Politik sind, weil sie ein anderes Verhältnis zum politischen Geschäft haben.“ Immerhin: Bis jetzt hat die neue Koalition den ESM vermeiden können.

Aber alle paar Tage, alle paar Wochen kommt wieder einer, der sagt: Lange geht das nicht mehr gut. Mehr als acht Milliarden faule Kredite lagern bei den Banken, die mehrheitlich im Staatsbesitz sind. Im laufenden Jahr zwei Milliarden, nächstes Jahr sogar drei Milliarden Euro sind nötig für die Rückzahlung von Schulden; eine Milliarde fließt allein 2013 in die Finanzierung des Defizits – bei einem Gesamtetat von neun Milliarden Euro. „Die Hälfte des Budgets geht in die Schuldenfinanzierung“, sagt Bostjan Vasle, Chefökonom des Instituts für Makroökonomische Analyse und Entwicklung, der im Haus neben der Ministerpräsidentin amtiert, und wiegt besorgt den Kopf. „Die Zeit der Kompromisse ist vorbei.“

Seit Jahren schrumpfte die Wirtschaft, warnt Vasle, und selbst wenn es viele Schritte in die richtige Richtung gebe, die Exportquote sogar steige, so sei „das Zeitfenster, in dem wir unsere Probleme allein lösen können, nicht mehr lange offen“. Und Ex-Premier Janez Jansa, der im Februar wegen Korruptionsvorwürfen abtreten musste, sagt, das Land solle sich endlich dazu entschließen, internationale Hilfe in Anspruch zu nehmen. Da wird Alenka Bratusek sehr kühl: „Herr Jansa hat ja nun die Chance, der Öffentlichkeit zu erklären, warum er das damals nicht getan hat – obwohl die wirtschaftliche Lage schlechter war als heute.“



Wehrt sich gegen Kleinkriege in einem kleinen Land: Sloweniens Ministerpräsidentin Alenka Bratusek. FOTO: JURE MAKOVEC/AFP

Klar ist: Niemand im Parlament will unter den ESM; das wäre, als würde man in der einstigen Vorzeige-Republik, die sich von der Erbmasse Jugoslawiens am schnellsten emanzipiert hatte, klein beigeben, und Bratusek sagt: „Wir brauchen niemanden von außen, der uns sagt, wie wir vorgehen sollen. Wir konnten uns zwar in der Vergangenheit nicht einigen – aber ich bin überzeugt, dass wir das in Zukunft können. Wenn die Menschen in Slowenien uns schon nicht glauben und vertrauen, warum sollen sie jemandem von außen glauben, der uns sagt, was wir tun müssen, nicht, was wir tun könnten?“

Das klingt kämpferisch und optimistisch, nur: Wie realistisch ist die Einschätzung der Politikerin, dass sie sich mit ihren Reformen und Kompromissvorschlägen dauerhaft durchsetzen kann gegen Gewerkschaften und Oppositionsparteien, gegen alte Eliten und neue Feinde?

Erst vor wenigen Tagen war ein Auseinanderbrechen der Regierung und damit ein Ende ihrer Amtszeit mit einem Trick verhindert worden: Der Parteikongress von Positives Slowenien, auf dem der Ex-Parteichef und Bürgermeister von Ljubljana, Zoran Jankovic, sie herausfordern wollte, wurde kurzerhand ins kommende Jahr verschoben. Die kleineren Koalitionspartner hatten die Pressemitteilungen schon fertig geschrieben, in denen sie ihren Austritt aus der Regierung für den Fall ankündigten, dass Jankovic wieder offiziell die Führung von Positives Slowenien übernehmen würde. Gegen ihn wird wegen Korrup-

tionsvorwürfen ermittelt, er gilt den politischen Partnern nicht als vermittelbar. Igor Luksic von den Sozialdemokraten spart denn auch nicht mit Häme über die internen Machtkämpfe in der Regierungspartei: „Die sind seit fast einem Jahr nicht mal in der Lage, einen ordentlichen Vorsitzenden zu wählen.“

Einer von vielen Kleinkriegen in einem kleinen Land, sollte man meinen – aber vom Ausgang solcher Schlachten hängt es auch ab, ob die europäischen Steuerzahler mit viel Geld in Slowenien aushelfen müssen. Denn würde diese Regierung stürzen, dann wäre nach kurzer Zeit schon wieder ein Versuch vereitelt, mit der politischen auch wirtschaftliche Stabilität zu schaffen.

Slowenien hat eine Bad Bank für faule Kredite beschlossen, aber dann sagte Brüssel: Stopp

Bratusek gibt sich unbeeindruckt. Sie nutzt die Atempause und macht weiter. Eine Arbeitsmarkt- und eine Rentenreform wurden schon durchgesetzt – wie immer in Slowenien mit massiven Zugeständnissen an die Gewerkschaften. „Gut möglich“, sagt sie daher, „dass die Reformen nicht radikal genug waren. Aber wir haben uns entschieden, uns ein Jahr Zeit zu nehmen, um die Auswirkungen der Reformen zu beurteilen. Das hat auch die Europäische Kommission befürwortet.“ Auch eine Bad Bank wurde beschlossen, in welche die faulen Kredite aus den maroden Staats-

banken ausgelagert werden sollten. Aber dann rief Brüssel Stopp und forderte Stresstests für die Banken: Geprüft werden soll nun, wie lebensfähig die großen Institute dauerhaft sind und wie viel Staatskapital sie brauchen. Der Sozialdemokrat Igor Luksic ist skeptisch: „Alles hängt jetzt von den Stresstests ab. Wir sind da nicht sehr optimistisch.“ Die Ministerpräsidentin hingegen ist professionell zuversichtlich: „Unsere Staatsverschuldung ist niedriger als der europäische Durchschnitt, und auch das Bankensystem ist kleiner als der EU-Schnitt. Was diese Parameter angeht, kann man uns nicht mit Griechenland, Zypern oder Italien vergleichen.“ Klar habe man sich in Slowenien zu spät mit der Bankenkrise befasst. „Daran sind aber weder ich noch meine Regierung schuld.“

Als nächstes steht die überfällige Privatisierung von Staatsbetrieben an. 15 Unternehmen hat die Regierung erst einmal auf ihrer Liste, aber die Sache gestaltet sich zäh. Bratusek verschränkt ihre sorgfältig manikürten Finger ineinander und schaut streng: „Wir haben schlechte Erfahrungen mit Privatisierungen gemacht. Daher herrscht Misstrauen in der Bevölkerung.“ Ein erster Erfolg, betont sie, sei jetzt gelungen: Der Farben- und Lackhersteller Helios wurde nach Österreich verkauft.

Diese Frau ist wirklich nichts für große Emotionen in der Öffentlichkeit. Träumt sie nachts von ihren Kritikern und Widersachern? „Nein“, schnaubt sie. „Gestern Nacht habe ich von der Immobiliensteuer geträumt.“

Revolutionär in Nöten

Nicolás Maduro bekommt Venezuelas Probleme nicht in Griff

Buenos Aires – Wenn Hugo Chávez das Parlament mal wieder für überflüssig gehalten hat, dann hat er alleine regiert. Gesetze erließ der frühere Präsident Venezuelas gerne per Dekret – die Abgeordneten hatten ihn dazu mit dem sogenannten Ley Habilitante ausgestattet, einer Art Ermächtigungsgesetz. Viereinhalb seiner 14 Jahre an der Macht herrschte Chávez auf diese Weise, verehrt von Freunden und verhasst bei Feinden. Nun ist der Volkstribun von einst seit sieben Monaten tot und zum Nationalheiligen aufgestiegen. Im irdischen Leben versucht ihn Nachfolger Nicolás Maduro mit Gesten und Worten zu kopieren, was bisher misslingt.

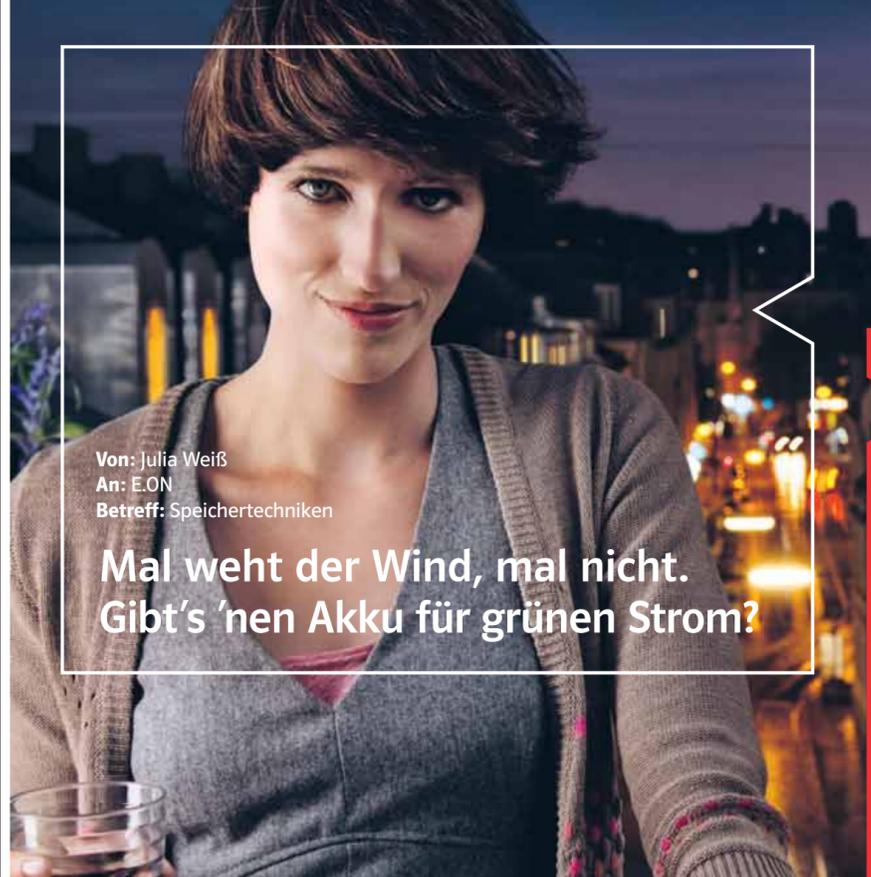
Jetzt verlangt auch der aktuelle Staatschef solche Sondervollmachten, die Nationalversammlung streitet seit Tagen darüber. Die Mitglieder sollen Maduro für zu nächst zwölf Monate ein Ley absegnen. Damit wolle er dem „ökonomischen Krieg der Rechten“ entgegenreten, die Korruption bekämpfen und „die Wirtschaft verwandeln“. Maduro verspricht „eine neue politische Ethik“ und Verstaatlichungen, noch besitze „die Bourgeoisie 70 Prozent der Öleinnahmen“. Man müsse die Revolution sichern. Es gehe „um Leben und Tod für die bolivariische Republik“.

Der Präsident verlangt vom Parlament die Vollmacht, per Dekret regieren zu dürfen

In weniger phrasenhafter Umschreibung geht es darum, dass der Erbe des Hugo Chávez nach nur fünf Monaten im Amt überfordert ist. Die Inflation hat mehr als 40 Prozent erreicht, der Schwarzkurs läuft trotz der Abwertung der Währung Bolívar aus dem Ruder. Die Versorgungslage ist miserabel, zum Symbol wurde das mangelnde Klopapier. Die Regierung ließ sich daraufhin einen Kredit für den Import von 39 Millionen Rollen Toilettenpapier genehmigen und von der Armee eine Papierfabrik besetzen. Für Maduro und seine Riege aus der Sozialistischen Partei liegen solche Engpässe an der Sabotage der Oberschicht und ihrer Unternehmen.

Für die Opposition dagegen sind die Machthaber autoritäre Dilettanten. Ihr umstrittener Anführer Henrique Capriles ruft dazu auf, das Ermächtigungsgesetz zu ignorieren, falls es erlassen werde. Maduro bräuchte dafür zwei Drittel der Sitze, 99 Parlamentarier, hat aber bisher nur 98. Venezuela fragt sich, wer als Nummer 99 die Seite wechseln könnte. Rivalen verlangen ein Plebiszit, zeitgleich mit den Kommunalwahlen am 8. Dezember. Die Chavisten hätten „kein Projekt für das Land, weil sie immer vom Abbild des Hugo Chávez gelebt haben“, schimpft Capriles. Maduro löse unter Venezolanern „keinerlei Erwartungen oder Hoffnungen aus“.

Die Attacken und Verschwörungstheorien haben Tradition. Maduro bezeichnet sich selbst als „Chávez' Sohn“ und seinen Rivalen Capriles, der ihm bei der Präsidentschaftswahl im April knapp unterlegen war, als „parasitären Verlierer“. Parlamentspräsident Diosdado Cabello nannte Capriles einen „faschistischen Mörder“ und will ihn wegen gewalttätiger Proteste einsperren lassen. Cabello gilt allerdings auch als parteiinterner Widersacher Maduros. Und die Kritik wächst auch unter vormaligen Sympathisanten. Der Politologe Heinz Dietrich, der in Mexiko lehrt und als geistiger Vater von Chávez' Sozialismus des 21. Jahrhunderts gilt, wirft Maduro in der argentinischen Zeitung La Nación „totale Unfähigkeit“ vor. Wenn dieser nicht das Wirtschaftsmodell verändere und 80 Prozent der ineffizienten Minister entlasse, stehe der Kollaps bevor. PETER BURGHARDT



Von: Julia Weiß
An: E.ON
Betreff: Speichertechniken

Mal weht der Wind, mal nicht. Gibt's 'nen Akku für grünen Strom?

Ja, Frau Weiß. Als erster Energieversorger können wir Windenergie als Gas zwischenspeichern.

Die Erzeugung aus Erneuerbaren Energien unterliegt natürlichen Schwankungen. Um diese auszugleichen, haben wir in Falkenhagen in Brandenburg eine der ersten Anlagen gebaut, die mit grünem Strom Wasserstoff erzeugt. Dieser kann im bestehenden Erdgasnetz zwischengespeichert werden und ist so immer und überall verfügbar – auch, wenn der Wind mal Pause macht. Mehr unter www.eon.de



Videos zum Thema

